

mittendrin

Ausgabe 04 / 2021 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Martin Neise: Auf DIE LINKE. ist Verlass!

Dass der Kassierer nach 40 Jahren eine Armutsrente bekommt, dass die Pflegerin über das körperliche Limit schuffet und der Essenslieferant die Renditen der Aktionäre einfährt ohne soziale Absicherung – diese Verhältnisse haben in der Corona-Pandemie etwas mehr Aufmerksamkeit bekommen. Aber die Pandemie hat sie nicht geschaffen, sondern die Politik. Wir brauchen endlich eine Regierung, die die Mehrheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt und nicht die Reichen. Dafür trete ich an.

In Berlin und auch bei uns in Mitte haben wir den Kampf um bezahlbare Mieten gegen die Interessen des Kapitals aufgenommen. Wir haben gezeigt, dass Eingriffe in Markt und Eigentum nicht nur notwendig, sondern machbar sind. Bei vielen Gesprächen an den Wohnungstüren in unseren Kiezen hören wir immer wieder, dass die Mehrheit unserer Nachbarn dabei hinter uns steht. Diesen Kampf will ich auf Bundesebene weiterführen: Für einen bundesweiten Mietendeckel, für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft auch durch Rekommunalisierung. Und das nicht nur für Wohnraum, sondern auch für unsere Krankenhäuser oder Energieversorgung.

Im Bundestag will ich mich für eine linke Industrie- und Wirtschaftspolitik einsetzen. Nur eine starke LINKE wird ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Klimawandel gleichzeitig bekämpfen. Wir müssen mit einem massiven öffentlichen Investitionspaket klimaneutrale Branchen aus dem Boden stampfen. Und dabei ist



Unser Direktkandidat für den Bundestag: Martin Neise

klar: Gute Arbeit für alle muss an oberster Stelle stehen. Ich kämpfe für eine Jobgarantie. Öffentliche Investitionen müssen immer auch eine Demokratisierung der Betriebe, Tarifbindung und menschenwürdige Lieferketten bedeuten.

Mit meiner BO in Mitte und als politischer Bildner für die LINKE liegt mir organisierende Arbeit besonders am Herzen. Als Abgeordneter will ich weiterhin mit euch vor Ort sein und unsere Nachbarn bei ihrem täglichen Kampf gegen Ausgrenzung und Ungerechtigkeit unterstützen: in den Betrieben, Krankenhäusern und vor den Jobcentern. In meiner Jugend habe ich

erlebt, wie die Ostdeutschen nach der Wende von Kapitalinvestoren wie Dreck behandelt wurden. Und ich habe die Neozistrukturen in meiner Heimatstadt Magdeburg nicht mehr ertragen. Beides hat mich mit 16 Jahren dazu gebracht, in die damalige PDS einzutreten und prägt auch heute mein politisches Handeln.

Ich habe ein tolles Team von engagierten Menschen aus unserem Bezirk und freue mich über alle, die mitmachen. Lasst uns einen bombastischen Wahlkampf hinlegen, das Direktmandat holen und den Menschen in unseren Kiezen beweisen: Auf die Linke ist Verlass.

**Zweite Stufe des Volksbegehrens zur Enteignung
großer privater Wohnungsbaukonzerne!**

Wir brauchen 170.000 gültige Unterschriften! Helft mit beim Sammeln!

Kontakt über: kiezteam_wedding@dwenteignen.de

und über: kiezteam_mitte@dwenteignen.de

Unterschriftenlisten können im Karl-Liebknecht-Haus empfangen werden!

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Häusliche Gewalt – auch Kinder brauchen Schutz!

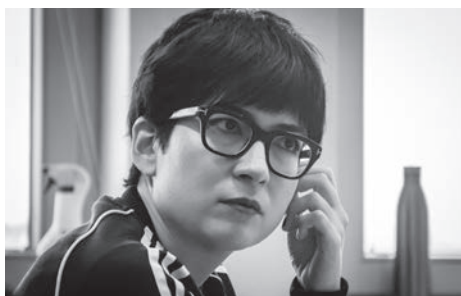
Wenn Eltern ihre Konflikte gewaltsam austragen, schadet das auch ihren Kindern

Auch in Mitte zeigen uns die Polizeistatistiken die besondere Bedeutung von häuslicher Gewalt. Traurige Realität ist dabei, dass Polizist:innen, wenn sie zu solchen Einsätzen gerufen werden, häufig Kinder antreffen.

Selbst wenn Kinder die Gewalt zwischen ihren Eltern vielleicht nicht mit eigenen Augen sehen, so ist sie doch zu spüren und sorgt für Ängste und Unsicherheiten. Wenn ich von Gewalt spreche, dann meine ich damit sowohl physische Gewalt als auch psychische Gewalt wie Erniedrigungen und Beleidigungen. Auch das Schaffen einer ökonomischen Zwangslage für Partner:innen wird von der Fachwelt richtigerweise als Gewalt erkannt.

Seit Beginn diesen Jahres hat das Jugendamt Mitte das Projekt „Konflikt, Krise, Gewalt“ in Kooperation mit der Volkssolidarität Berlin gestartet. Mit der Volkssolidarität konnte für die Durchführung ein Träger gewonnen werden, der auf viel Erfahrung und Expertise in der Täter:innenarbeit zurückgreifen kann und darüber hinaus eng mit Beratungsstellen für gewaltbetroffene Frauen und Frauenhäuser

vernetzt ist. Ziel dieses Projektes ist es Vätern und Männern in Erziehungsverantwortung dabei zu helfen, Partnerschaftskonflikte ohne Gewalt zu lösen. Der Fokus der Beratungen



Ramona Reiser, Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste

liegt auf Auswirkungen der Konflikte auf die Kinder in den Familien. Eltern wollen ihren Kindern in der Regel nicht schaden. Die Forschung zeigt uns, dass Täter:innen häuslicher Gewalt häufig bereits als Kinder Gewalt zwischen den eigenen Eltern erlebt haben. Gewalt in der Partnerschaft wird also zum Teil

von Generation zu Generation weitergegeben und es braucht professionelle Hilfe, um diesen Kreislauf verlassen zu können.

Die Förderung des Projektes „Konflikt, Krise, Gewalt“ leistet einen Beitrag, damit es Vätern gelingt, den Kreislauf zu verlassen. Dafür haben wir in vier Beratungsstellen in unserem Bezirk offene Sprechstunden für Väter und Einzel-/Gruppenberatungen in den Sprachen Deutsch, Englisch, Türkisch und Arabisch eingerichtet. Das Jugendamt Mitte ist das erste Jugendamt Berlins, das ein Projekt dieser Art finanziell fördert. Ich hoffe, dass zukünftig auch andere Bezirke folgen werden und diesem Thema noch mehr Aufmerksamkeit schenken.

**Ramona Reiser,
Stadträtin für Jugend, Familie
und Bürgerdienste**

Aus der BVV

Friedensstatue dauerhaft erhalten!

Am 10. März wurde im Ausschuss für Bildung und Kultur der Bezirksverordnetenversammlung offensichtlich, dass kein großes Interesse bei der grünen Stadträtin Frau Weißler besteht, den Beschluss der BVV umzusetzen, in dem gefordert wird, eine dauerhafte Lösung für den Erhalt der Friedensstatue des Koreaverbandes zu finden.

Die Antworten des Amtes für Bildung und Kultur deuteten eher daraufhin, dass ein noch nicht beschlossener Antrag der FDP, einen Wettbewerb für eine „neue Friedensstatue“ auszurufen, genutzt werden soll, um die kontroverse Friedensstatue loszuwerden. Einen Wettbewerb zu erarbeiten, auszuschreiben und durchzuführen kann über ein Jahr dauern. Ein Jahr, das die Friedensstatue im Unionpark im Moment nicht hat, denn die Genehmigung läuft im September aus und dann müsste sie abgebaut werden. Unter den gegebenen

Umständen, dem Druck aus Japan, dem Druck durch das deutsche Außenministerium, wird die Friedensstatue, sobald sie einmal abgebaut ist, nicht wieder im Bezirk aufgestellt werden dürfen. Sie wäre für den Bezirk verloren.

Doch die Linksfraktion Berlin-Mitte hat das dem Bezirksamt nicht durchgehen lassen. In einem dringlichen Antrag beantragte sie, dass die befristete Genehmigung für die Friedensstatue solange verlängert werden muss, bis eine dauerhafte Lösung zu ihrem Erhalt gefunden wird.

Mit Zustimmung von SPD, Grünen und der Einzelverordneten, bei Gegenstimmen der CDU, FDP und AfD votierte die BVV für den Erhalt der Friedensstatue und gibt dem Bezirksamt die klare Ansage, endlich etwas für deren Erhalt zu tun.

**Andreas Böttger,
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV von Berlin-Mitte**

**Wir gratulieren im März
zum Geburtstag!**

- zum 96. Heinrich Grote
- zum 93. Victor Grossman,
Helmut Hauptmann
- zum 92. Ingeborg Langner
- zum 91. Anneliese Kolin
- zum 89. Georg-Dietrich Breden, Gisela Meier
- zum 87. Rolf Krug, Vera Reuß, Fritz Wengler
- zum 86. Udo Leuschner, Ingrid Renner
- zum 85. Hannelore Lippmann, Ellen Rauhut,
Helmut Schieferdecker,
- zum 84. Eberhard Ugowski, Jürgen Zenker
- zum 83. Rita Kindler, Helga Rieß
- zum 82. Gerda Daenecke-Hohmuth,
Ingrid Gohritz, Anne-Dore Zachrau
- zum 81. Birgid Gysi
- zum 75. Brigitte Resnik

**Wir gratulieren im April
zum Geburtstag!**

- zum 94. Hilde Hartitz
- zum 93. Werner Lemm, Siegfried Zachmann
- zum 92. Eva Tägtmeyer
- zum 91. Erwin Günth
- zum 89. Brigitte Rohland
- zum 87. Edeltraut Aurich, Horst Giese
- zum 86. Lieselotte Thiel, Elisabeth Weiß
- zum 84. Rainer Köhler
- zum 83. Peter Lewerenz, Käthe Ortleb
- zum 82. Günter Andrae
- zum 81. Brita Köhler, Peter Kaukel
- zum 70. Orlando El Mondry

Kurznachrichten

► Vier von zehn neuen Mitarbeitern werden nur Leitungswasser statt Plastikmüll

„Ich habe heute leider keine Flasche für Dich“ heißt eine Ausstellung des gemeinnützigen Vereins „a tip: tap“ bis zum 30. April in der Berolina-Galerie im Rathaus Mitte. Gemeinsam mit dem Künstler Bruno Torres werden zwei Plakat-Serien in zehn Sprachen präsentiert zur Alternative von Leitungswasser statt Flaschenwasser-Trend mit Plastikmüllabfall. Die Schau ist Teil des bundesweiten Projekts „Wasserwende - Trinkwasser ist Klimaschutz“.

► Bürgerbeteiligung an der Mühlendammbücke

Per Online konnten die Berliner bis zum 18. März auf der Plattform mein.berlin.de ihre Ideen und Anregungen zur Umgestaltung der maroden Mühlendammbücke einbringen. Aufgrund der besonderen Herausforderungen, einen Neubau für das heutige Verkehrsaufkommen zu schaffen und trotzdem eine Brücke für die Zukunft zu bauen, die der Mobilität von morgen gerecht wird, gibt es zwei Projektphasen. Das Bauwerk, das auf 116 Metern die Breite Straße mit dem Molkenmarkt verbindet, soll für Radfahrer und Fußgänger attraktiver werden und Platz für die neue Straßenbahn-Strecke schaffen.

► Das „größte Jobcenter“ der BRD

bekommt einen neuen Geschäftsführer. Der bisherige Leiter des Jobcenters Reinickendorf wechselt nach Berlin-Mitte. Vor gut zehn Jahren hatte Wolfgang Steinherr schon einmal in Leipzig für Schlagzeilen gesorgt, weil er im Weihnachtsgeschäft Erwerbslose ohne Lohn zur 14-tägigen „beruflichen Aktivierung“ an Amazon vermittelt haben soll.

► Spahn zu Armut und Hartz IV

Jens Spahn (CDU), Bundesgesundheitsminister, hat derzeit eine Menge Ärger. Er hat gerichtliche Verfügungen erwirkt, denen zufolge die Kaufsumme von 4,125 Millionen Euro für sein Grundstück öffentlich nicht genannt werden dürfe. Der Erwerb des weitläufigen Grundstücks gemeinsam mit Ehepartner Daniel Funke im vergangenen Jahr hatte nicht nur angesichts des durch die Coronakrise ausgelösten wirtschaftlichen Tiefs Aufsehen erregt und Kritik ausgelöst. Spahn selbst war im Hinblick auf individuelle Vermögenslagen mit der Äußerung „Hartz IV bedeutet keine Armut“ aufgefallen.

Jonas Becker: Unterschriftensammlung gegen Deutsche Wohnen und Co. macht richtig Spaß

Interview mit Mitglied des Kiezteams Wedding



Wie läuft für dich und dein Kiezteam Wedding die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren?

Seit dem Auftakt am 27. Februar läuft die Kampagne in „meinem Revier“ zwischen dem Sprengelkiez und dem Leopoldplatz auf Hochtour. Schon seit den ersten Tagen erleben wir enormen Zuspruch. Besonders bei schönem Wetter macht das Sammeln an der frischen Luft auch richtig Spaß.

Wie reagieren die angesprochenen Personen, wie ist die Atmosphäre?

Die allermeisten sind offen für das Volksbegehren und haben davon gehört. Wenn es Klärungsbedarf bei offenen Fragen gibt, entspinnt sich fast immer ein konstruktives Gespräch. Im Austausch auf der Straße spürt man, dass Mietropolitik für sehr viele Menschen ein zentrales Anliegen ist.

Wie lauten Gegenargumente?

Das häufigste „Argument“, warum Personen nicht unterschreiben wollen, ist „Ich bin selbst Vermieter*in“ oder „Meine Eltern sind selbst Vermieter*innen“.

Womit überzeugst du am schnellsten?

So lange jemand selbst nicht mehr als 3 000 Wohnungen besitzt, ist doch er

oder sie von Vergesellschaftung nicht betroffen.

Wie kann die Kampagne weiter an Schwung gewinnen?

Da sie sich aus Spenden finanziert und von ehrenamtlichem Engagement getragen wird, haben wir natürlich immer einen Bedarf an mehr Material und noch mehr Sammler*innen, auch wenn wir da schon ziemlich gut aufgestellt sind.

Was ist die Zielstellung deines Teams?

Wir sammeln immer gemeinsam in den unterschiedlichen Teams. Als Kiezteam Wedding haben wir uns vorgenommen, mindestens 25 000 Unterschriften zu sammeln. Dank des großartigen Engagements aller Beteiligten, sind wir auf einem sehr guten Weg das tatsächlich zu schaffen. Nach dem berlinweit vielversprechenden Sammelstart bin ich überzeugt davon, dass wir als Gesamtkampagne die hohe Hürde von 175 000 gültigen Unterschriften nehmen werden.

Das Interview mit Jonas Becker, 29, Volkswirt aus Süddeutschland, der seit 2018 im Wedding lebt, führte **Matthias Herold**

Unsere Direktkandidat:innen für die Wahl zum

Seit mehr als 15 Jahren befindet sich mein Lebensmittelpunkt in Mitte - von der Schulzeit über das Studium bis heute - hier bin ich Zuhause. Daher freue ich mich sehr, im Wahlkreis 1 für DIE LINKE antreten zu dürfen.

Nach vier tollen Jahren im Bezirksvorstand Mitte möchte ich mich nun auf Landesebene für eine lebenswerte, klimabewusste Stadt einsetzen, die dabei sozial und bezahlbar für alle sein muss.

Ich stehe für ein solidarisches Mitte, das bunt und vielfältig ist, und freue mich auf einen erfolgreichen Wahlkampf mit Euch in den kommenden Monaten.

Lien Grützmaker, Wahlkreis 1 (Charité, Oranienburger Tor, Zionskirchplatz)



Für eine starke Mitte – fair, bunt und sozial



Investoren haben Monopoly mit den Wohnungen in Wedding und Gesundbrunnen gespielt. In keiner Region stiegen die Immobilienpreise schneller. Ich habe mich in den vergangenen Jahren als Abgeordneter um Unterstützung vor Ort gekümmert, Mieterversammlungen, Rechtsberatungen und Hilfe von der Verwaltung organisiert.

Investoren spekulieren mit steigenden Mieten. Ich kämpfe weiter dafür, dass die Menschen nicht aus ihren Kiezen vertrieben werden. Dass die Wohnungen bezahlbar bleiben und niemand rausgeklagt wird. Dass Kitas, soziale Träger und Selbständige Gewerberäume finden. Wir bleiben alle.

Tobias Schulze, Wahlkreis 7 (Humboldthain, Nettelbeckplatz)

Mitte, du bist wunderbar! Hier triffst du Menschen aus allen Schichten und erlebst Überraschungen. Mitte ist alt und neu, Ost und West. Ich liebe diese Mischung und möchte sie bewahren – als offenes Zentrum mit Fernsehturm und grünem Freiraum als Forum der Stadt. Doch Mitte hat auch große Probleme: steigende Mieten, wachsende Armut, schwindende kulturelle Räume und sterbendes Gewerbe machen Mitte kaputt. Das muss sich ändern: durch Bürgernähe, Kultur, Toleranz und Solidarität. Statt Staus und Müll in Parks brauchen wir einen guten Nahverkehr und sichere Orte der Begegnung. Mitte muss bezahlbar bleiben. Hier schlägt das Herz Berlins und darf nicht erkalten an Rendite, Luxuslofts und Shoppingmalls.

Ich kämpfe für eine starke Mitte: fair, bunt und sozial.

Imke Elliesen-Kliefoth, Wahlkreis 2 (Alexanderplatz, Engelbecken, Leipziger Platz)



Berliner Abgeordnetenhaus:

Ich freue mich sehr, wieder für unseren Wahlkreis 4 (Moabit und südlicher Wedding) kandidieren zu dürfen. Und dieses Mal wollen wir hier direkt gewinnen! Es ist mein Herzensanliegen, unsere Stadt sozial-ökologisch gerechter zu machen und für leistbaren Wohnraum, Bildungsgerechtigkeit, Diversität und Inklusion zu kämpfen. Dabei möchte ich als Teil eines tollen Teams dazu beitragen, eine Brücke zwischen uns als Zivilgesellschaft und den Parlamenten unserer Stadt zu schlagen. Als progressives Sprachrohr der Menschen, Vereine und Bürger:inneninitiativen aus unseren Kiezen. Das ist meine, das ist unsere Vision!

Steve Rauhut, Wahlkreis 4 (Nördliches Moabit, Westhafen)



Die soziale und die Klimakrise sind mehr denn je miteinander verbunden. Im Wedding Nordosten möchte ich mich um die Anliegen der Menschen vor Ort kümmern, um Mietsorgen oder die Sicherheit von Rad- und Fußwegen. Berlin braucht dabei Lösungen, die die soziale wie ökologische Frage zusammen denken.

Konkret sollen mithilfe der Stadtwerke öffentliche Gebäude und Häuser landeseigener Unternehmen mit Photovoltaik ausgestattet werden. Tempo-30-Zonen und sichere Radwege verbessern die Berliner Luft. Zusätzlich sorgen Zebrastreifen und längere Grünphasen für Mobilität und Sicherheit für Fußgänger:innen.

Simon Gückel, Wahlkreis 5 (Schillerpark, Rehberge)



Vielen Dank für das große Vertrauen und die Aufstellung als Direktkandidat für den Wahlkreis 6, Gesundbrunnen – Wedding Nordost. Packen wir es an!

Ich streite für ein selbstbestimmtes und gerechtes Leben im Kiez – dafür, dass sichere und bessere Arbeitsplätze wieder zur Selbstverständlichkeit werden. Wohnungen und Energienetze gehören in öffentliche Hand! Damit Mieten, Strom- und Heizkosten genauso bezahlbar bleiben wie der Clubbesuch nach Corona.

Dafür werde ich mich einsetzen, mit allem was ich habe.

Stefan Böhme, Wahlkreis 6 (Soldiner Straße, an der Panke entlang)



Wir kämpfen für ein Berlin für alle! Für bezahlbare Mieten, den Erhalt von Freiräumen, für einen zuverlässigen und erschwinglichen ÖPNV und krisensichere Verwaltungsstrukturen. Von der Krise sind die am härtesten betroffen, die auf die öffentlichen Strukturen angewiesen sind. Investition ist deshalb Krisenvorsorge!

Anne Helm, Wahlkreis 3 (Südliches Moabit, Hansaviertel, Großer Tiergarten)



Wieviel Wende ist schon da?

Im Sommer beginnen Abriss und Neubau am Kaufhof-Areal Alexanderplatz, 2025 sollen an der Dircksen-/Ecke Karl-Liebknecht-Straße in 134 Metern Turm und Sockelbau zwar keine Wohnungen, aber 110 000 Quadratmeter Büros und Läden vorhanden sein. Gerade wurde der Erdgeschoss-Lebensmittelmarkt geschlossen. Reißen sie das alte Centrum-Warenhaus wegen Denkmalschutz, Fledermäusen oder Sumpfschildkröten nur teilweise ab?

Exils. Im Pei Bau gibts Straßenszenen, trifft man berühmte und zufällige Leute. Nicht mich, aber vor über 70 Jahren hat er auch mich als Emigrantenkind in Manhattan fotografiert. Die Zeit verfließt. Unlängst ging ich ängstlich über vereistes Wasser, sah im verschneiten Tiergarten Jung und Alt wie in Breughel-Bildern auf Schlittschuhen Pirouetten drehen, und schon ist wieder Frühling. In Berlin verteilt sich der Müll zu jeder Jahreszeit in, auf, unter den Behältern. Geht die politische Klasse nie spazieren? Mittes



„Report from Exile“ – Porträts und Stadtansichten von Fred Stein im Deutschen Historischen Museum

Unausweichlich naht rundum die Zukunft: Monarch baut neben Alexa, ums Hotel wird gebuddelt, am Saturn wird's Zeit für den verschachtelten Frank Gehry-Bau, nicht zu vergessen Oranienburger mit Telegrafnamt und Tacheles, Tchoban-Haus Rosenthaler Straße, Humboldt Forum, Bauakademie... Hinterm Deutschen Historischen Museum steckt längst herrlich weltgewandt der Pei Bau, der ursprünglich aus architekturpolitischen Gründen verhindert werden sollte. Dank Zeitfenster sah ich auf zwei Etagen 160 teils kommentierte schwarzweiße Fotos von Fred Stein. Als Dresdner Jude aus juristischem Referendariat entfernt, floh er 1933 mit seiner Frau nach Paris, dann nach New York, dokumentierte mit der Kleinbildkamera tausende Zeitzeugen des

Straßen sind jetzt menschenleerer, am Südeingang Weinbergspark ist kaum zu vermeiden, ins peinliche Pissoir zu sehen, am Leopoldplatz steht nach Protesten ein hölzerner Sichtschutz drumherum, in Pankow dauert der Kampf an. Früher war sittenwidrig, was heute eine teure Ansichtssache ist, vom Senat finanziert, die Verwaltungen im Dauerlockdown verhindern nichts. Im Weinbergspark stehen aber, an Bäume gekettet, auch große, weite, blaue Müllcontainer, von denen nicht nur Gipsdreieck und Koppenplatz träumen! Müll, Klima, Schule, Mieten, Bahn, Korruption, Bus, Drogen, Ampeln, Fußgänger, Radfahrer, Digitalrückstand, Corona - das sind Wahlkampfthemen. Jähe Wendungen können weiterhin nicht ausgeschlossen werden.

Irene Runge

Bei anderen gelesen

► Appell für Frieden mit Russland

Aus Sorge, dass der 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion – hierzulande regierungsoffiziell bis hin zum Bundespräsidenten – wieder vergessen oder marginalisiert wird wie der 75. Jahrestag der Befreiung 2020, hat Hans Modrow mit dem „Appell für Frieden und Mahnung“ die Initiative ergriffen. Das hielt der Ältestenrat des Bundesvorstandes der Linken aufgrund des inzwischen geradezu feindlichen Umgangs der politischen Klasse der Bundesrepublik mit Russland für nötig, daran zu erinnern, dass ohne die Sowjetunion weder der Faschismus besiegt noch der Krieg beendet worden wäre. Für die Freiheit Europas hat die Sowjetunion den höchsten Preis von allen Staaten der Antihitlerkoalition gezahlt, mindestens 27 Millionen Menschen. Das scheint hier offensichtlich vergessen. Wie auch die Tatsache, dass es ohne die Sowjetunion keine deutsche Einheit – wie kritisch man auch zu ihr steht – gegeben hätte. Dieser Appell wurde auf dem Parteitag der Linken eingereicht, nicht nur an die Presse gegeben.

„Junge Welt“, 20. März.2021

► Streit um Reichskriegsflaggen

Der Bund will die Reichskriegsflaggen offensichtlich nicht gesetzlich verbieten. Die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung hatte bei Horst Seehofer für ein Gesetz gegen das Zeigen von schwarz-weiß-roten Fahnen geworben, vergeblich, berichtete der Tagesspiegel am 21. März 2021. Die schwarz-weiß-rote Flagge des Kaiserreiches gilt als Erkennungszeichen von Rechtsextremen und Reichsbürgern. Die Bundesregierung will gegen das Zeigen von Reichsfahnen und Reichskriegsflaggen aus der Kaiserzeit vorgehen, verzichtet aber auf eine gesetzliche Regelung im Strafrecht. In einem gemeinsamen Schreiben des Bundesinnenministeriums und des Justizministeriums an die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung heißt es, dass ein sogenannter Mustererlass für Polizei und Ordnungsbehörden zielführender ist als eine Erweiterung strafrechtlicher Tatbestände. Es gelte, zu bedenken, dass es nicht zu einem unwürdigen Katz- und Mausspiel zwischen Gesetzgeber und Extremisten kommen sollte, die sich immer neue Symbole und Flaggen zu eigen machen können.

Onlineportal „Der Spiegel“, März 2021

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449

Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße

Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 10 – 16 Uhr
Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buero.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Aus dem Abgeordnetenhaus

„Deutsche Wohnen und Co. enteignen“

Linksfraktion legt konkretes Vergesellschaftungsgesetz vor

Die Linksfraktion hat nun einen konkreten Gesetzentwurf für die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände erarbeitet. Unser Ziel dabei: klar machen, dass die Vergesellschaftung in dieser akuten Situation von Aufwertung und Verdrängung von angestammten Bevölkerungsschichten ganz konkret und praktisch machbar ist.

Noch vor dem Jahreswechsel sah es so aus, als ob auch SPD und Grüne bereit wären, bereits vor einem Volksentscheid ernsthaft über eine gesetzliche Lösung mit der Initiative zu verhandeln. Doch die Vorstellungen gingen zu weit auseinander, nur wir LINKE stehen eindeutig zu dem Ziel des Volksbegehrens.

Zwei Schritte sind dabei notwendig: erstens die Übertragung der Flurstücke und Wohnungsbestände gegen Entschädigung. Grundlage ist Artikel 15 des Grundgesetzes: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Diesen Artikel haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes eingebaut, um dem Weg der Privatisierung

auch die Gegenrichtung zu ermöglichen. Und wir wollen ihn das erste Mal nutzen.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfes regelt die Zahlung der Entschädigung an die Eigentümer:innen und die Übertragung der Bestände an die Wohnraumversorgung Berlin AÖR (Anstalt des öffentlichen Rechts). Die öffentlichen Wohnungsunternehmen, die in der AÖR zusammengeschlossen sind, sollen die Wohnungen, so der Gesetzentwurf, nach bestimmten Grundsätzen bewirtschaften: „Bei der Bewirtschaftung des Wohnraums nach Absatz 1 hat die Anstalt auf die bestmögliche Deckung des allgemeinen Bedarfs an Wohnraum zu bezahlbarem Mietzins hinzuwirken. Zur bestmöglichen Deckung gehören auch Schuldentilgung, Instandhaltung und notwendige Modernisierung von Wohnraum.“

Was diese Grundsätze für Mieterinnen und Mieter bedeuten, zeigen aktuelle Geschäftszahlen der Vonovia. Selbst im Krisenjahr 2020 meldete der Konzern den Rekordgewinn von 1,35 Milliarden Euro. Das sind bei 416.000 Wohnungen (davon 355.000 in Deutschland) volle 3245 Euro pro Monat! Im Klartext: rechnerisch zahlt jeder:r Vonovia-Mieter:in 270 Euro der Miete ausschließlich für den Konzerngewinn! Noch



skandalöser wird dieser Umstand, wenn man sich ansieht, dass der ganze Aufwand für Neubau, Instandhaltung und Modernisierung mit 1,9 Milliarden nur wenig über dem Gewinn liegt. Im Klartext: das Ganze ist eine Gelddruckmaschine. Dem wollen wir ein Ende setzen und hoffen auf die Zustimmung der Berlinerinnen und Berliner.

**Tobias Schulze, Stellvertretender
Faktionsvorsitzender im
Abgeordnetenhaus**

Heute wie vor 60 Jahren: USA wollen Regime Change in Kuba

Der „Zweck des ... Programms ist es, das Castro-Regime durch eines, das ... annehmbarer ist für die USA, zu ersetzen, und zwar auf eine solche Weise, die den Anschein einer US-Intervention vermeidet“. ... „Die Bildung einer verantwortlichen, wirkungsvollen und vereinigten kubanischen Opposition zum Castro-Regime“ wäre erforderlich. Dazu sei es notwendig, „Mittel für die Massenkommunikation zum kubanischen Volk zu entwickeln, damit eine machtvolle Propaganda-Offensive im Namen der erklärten Opposition initiiert werden kann“.

Ein Papier aus den letzten Jahren? Fast hat es den Anschein. Doch vorgelegt wurde es am 17. März 1960. 13 Monate bevor die USA ihre Schweinebucht-Invasion am 17. April 1961 begannen, die 48 Stunden später schmachvoll für das Imperium endete. Vorgelegt wurde der Invasionsplan vom Außen- und

Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten zusammen mit der CIA, gebilligt von Präsident Eisenhower und nahezu unverändert übernommen vom neu gewählten Präsidenten John F. Kennedy im Januar 1961.

Sechzig Jahre sind seither vergangen und kein Tag war darunter, an dem die Inselrepublik nicht vom Imperium bedroht und bekämpft worden wäre - durchgängig mittels ständig brutalerer Blockade, Sanktionen, durchgängig ideologisch, und je nach Lage mit anderen Methoden der Subversion.

Nur wer sich nie mit der Geschichte Kubas befasst hat, kann glauben, dass von den USA aktuell unterstützte Gruppierungen etwas anderes anstreben als einen so genannten Regime Change. Wenn von den USA ausgehaltene Kräfte Demokratisierung fordern, gerade in Lateinamerika, dann ist das so, als würden Kriminelle von ihren potentiellen Opfern verlangen, ihre Freiheitsrechte gefälligst

nicht einzuschränken. Und dort, wo diese Kräfte an der Macht sind, verschwinden die Opfer in den Folterkellern oder ganz. Wer sich hierzulande hinstellt und meint, denen Ratschläge erteilen zu müssen, die in ihrem Blut ersticken würden, siegten die vom Imperium ausgehaltenen Kräfte, denen sei gesagt: „Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer reiten!“

Ellen Brombacher



BÜRGERBÜRO BLUHM - SEIDEL - WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-blum.de / www.carola-blum.de
Sozial- und Mieterberatung
Do 16.30-18 Uhr: 8.4., 22.4., 6.5., 20.5.2021

Das ist das Letzte

Wir leben in Krisenzeiten voller Ängste. Was hilft? Beten, Fluchen oder die regierenden Hauptdarsteller mitleidig belächeln? Die geben doch ihr Bestes. Das ist aber zu spät und zu wenig für die große Misere. Daher versuche ich hier, ein tröstendes Lächeln einzuflechten.

Als der populäre Landesfürst Kretschmann bei der schwäbischen Landtagswahl gefragt wurde, was sein Regierungsprogramm sei, schwenkte er nicht 30 Seiten. Er sagte 3 Worte: „Klima, Klima, Klima!“

Da winken manche ab und sagen: „Der hätte mit seinen Autofabriken früher anfangen können!“ – Aber vielleicht meinte der Mann dreierlei:

Das globale Klima, das den Regenwald zu Asche macht und die Eisberge grillt. Das Klima-Abkommen misst CO₂ ab 1990. Da kam Schwaben nur deshalb mit dem Hintern über die Stange, weil fast alle Schornsteine in Ostdeutschland gesprengt wurden.

Das zweite Klima kann die altdeutsche Bürokratie und Großmäuligkeit sein. In fast allen Zukunftsbereichen wie E-Autos, Digitalisierung, Bildung, Gesundheitsvorsorge oder die Kluft zwischen Gier und Armut, da hinkt Deutschland hinterher, aber spreizt sich wie ein Pfau.

So folgt Klima 3: die mächtig angeschwollene Vertrauenskrise zwischen Bevölkerung und Führung. Die wächst im Irrgarten hunderter Weisungen zur 3. Corona-Welle noch an. Und das im Super-Wahljahr, wo jeder Landrat mit „Öffnungen“ wirbt!

Aber der peinliche Impfrückstand liegt doch auch an der übertriebenen Angst von 40 % der Bürger. Da hilft nur eine Schocktherapie. Beim Psychologen kriegen Leute mit Angst vor Schlangen eine Boa um den Hals gelegt, bis sie nach mehr Schlangen rufen!

Uns helfen die Kameraleute aller Fernsehkanäle, indem sie 10 x täglich in Großaufnahmen zeigen, wie eine zitternde Oma von einer lächelnden Impfpfärzlin in den Oberarm gekniffen wird.

Dann wird eine Spritze mit endloser Kanüle in den Arm gerammt, als würden alle Mutanten damit aufgespießt ... danach gibt es ein winziges Pflaster und die strahlende Oma fragt: „Gibt es noch einen Pfefferminzlikör?“

Artur Paul (Impfling)

Bezahlbare Wohnungen statt tausender Spekulationsobjekte

Die Unterschriftensammlung der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ kommt schnell auf Tempo. Unterschriftensammler wurden in Häusern, die von Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius oder Heimstaden gekauft werden sollten, besonders freundlich empfangen. Denn es ist nicht nur in Mitte, sondern auch in den meisten anderen Stadtteilen Berlins längst bekannt, dass die Mieten in vielen Häusern dieser Gesellschaften in den letzten Jahren nahezu um das Doppelte gestiegen sind.

Zwei Tage nach Beginn der Sammlung von rund 180.000 benötigten Unterschriften war man schon »deutlich im fünfstelligen Bereich«, sagt Rouzbeh Taheri von der Initiative: Das Engagement der vielen Helfer:innen ist groß angesichts des ehrgeizigen Ziels.

Gerade in Mitte hatte zum Beispiel der schwedische Heimstaden-Konzern im letzten Jahr in einem einzigen Mega-Deal nicht weniger als 4.000 Wohnungen in Berlin gekauft. In Moabit sind die Birkenstraße, die Bremer, die Emdeners, Lübecker, Stephan- und Flensburger Straße betroffen. Sie alle liegen in Milieuschutz-Gebieten. Zum Beispiel die Mieter:innen der Birkenstraße 10 klagten auch beim bisherigen Vermieter schon über fehlende Instandhaltung, falsche Betriebskosten-Abrechnungen u.a.

Heimstaden ist für noch weit heftigere Rendite-Absichten bekannt. Kein Wunder, dass die Kieztreffen und die Online-Veranstaltungstreffen zum Protest gegen Heimstaden in diesen Straßen gut besucht waren. Ziel der Initiative ist die Überführung von Immobilienkonzernen mit über 3.000

Wohnungen in Gemeineigentum. Dabei handelt es sich um Investmentfonds, Aktiengesellschaften und ähnliche Gesellschaften, die alle eine Gewinnmaximierungs-Politik betreiben.

Wenn wir erfolgreich sind, würde es bedeuten, dass die Zahl der städtischen Wohnungen sich fast verdoppelt, so Rouzbeh Taheri.

Dadurch wird endlich der große Druck aus dem Wohnungsmarkt genommen. Und Hunderttausende Mieter:innen haben die



Birkenstr.10: Teil des Mega-Deals von Heimstaden

Zusicherung, dass ihre Mietpreise sich fair entwickeln. Sie haben die Möglichkeit, sich an der Verwaltung ihrer Wohnung in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) selbst zu beteiligen, wenn sie das wollen.

Rainer Scholz

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 26.03.2021

Ausgabetag für Nr. 05/2021 - 06.05.2021

Ostermarsch 2021 in Berlin

3. April 2021, 13 Uhr, auf dem
Rosa-Luxemburg-Platz

Runter vom Sofa! Rauf auf die Straße!